



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/234 - 9. Oktober 1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den Enthüllungen über den BDJ	S. 1
Die schwedisch-russische Spionage-Kontroverse - Bericht aus Stockholm	S. 3
Wahltaktik und Praxis bei der CDU	S. 4

Entlarvter BDJ

H.W. Der hessische Ministerpräsident Zinn hat am Mittwoch vor dem hessischen Landtag eine Erklärung über die Aufdeckung einer politischen bewaffneten Geheimorganisation gegeben, die die Bezeichnung "Technischer Dienst des Bundes Deutscher Jugend" trägt. Alle Einzelheiten zeigen eindeutig, daß es sich bei dieser Organisation um ein politisches Instrument handelt, das sich weder mit den deutschen Bestrebungen zur friedlichen Wiedererlangung der Einheit Deutschlands, noch mit der demokratischen Verfassung unseres Landes vereinbaren läßt. Die Nachweise für eine amerikanische Initiative und Finanzierung dieser Organisation des BDJ sind so deutlich, daß man trotz der sofort erfolgten Distanzierung offizieller amerikanischer Stellen den Amerikanern den schweren Vorwurf nicht ersparen kann, in Deutschland mit der Demokratie nicht zu vereinbarende Aktivitäten zu unterstützen und zu entwickeln. Dieses trifft auch dann zu, wenn die Handlungen und Zielsetzungen der BDJ-Führer über das hinausgegangen sind, was die amerikanischen und deutschen Anreger dieser Unternehmung eigentlich erreichen wollten. Es wird die Aufgabe amerikanischer Stellen sein, gemeinsam mit den entsprechenden deutschen Behörden eine öffentliche und restlose Aufklärung der ganzen Vorgänge herbeizuführen.

Wer in den letzten zwei Jahren aufmerksam die Entwicklung des BDJ verfolgt hat, hat eigentlich keinen Grund, sich über

die jetzt erfolgten Enthüllungen zu wundern. Besonders von seiten der demokratischen Jugendorganisationen ist immer wieder mit Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, daß sich hinter dem sich nur antibolschewistisch gebärdenden BDJ starke nationalistische und faschistische Tendenzen verbergen. Die propagandistische Formel des BDJ "Nein zum Deutschlandvertrag heißt Ja zum Bolschewismus" zeigt jedem, der sich ein objektives Urteil bilden will, daß die Absichten des BDJ auf eine Diffamierung der deutschen Sozialdemokraten hinzielten. Diese Absicht ist jetzt dadurch dokumentarisch belegt, daß die BDJ-Geheimorganisation schwarze Listen führender Sozialdemokraten angelegt hatte, welche im geeigneten Augenblick "kaltgestellt" werden sollten, was nach Aussagen der BDJ-Führer eine Beseitigung notfalls mit der Waffe bedeutet. Den Geldgebern dieser Organisation, welche im starken Maße auch in der deutschen Industrie zu suchen sind, muß nach diesen Veröffentlichungen der hessischen Regierung die Schamröte darüber ins Gesicht steigen, zu welchen Handlangerdiensten für die Unterhöhnung der deutschen Demokratie sie sich hergegeben haben. Auch von den Führern des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, die gerade Anfang September mit dem BDJ Kontakt aufgenommen haben und sich dadurch von der bisherigen Haltung des Deutschen Bundesjugendringes entfernten, ist zu hoffen, daß sie durch die Tatsachen eines Besseren belehrt und sich öffentlich vom BDJ distanzieren werden.

Es bleibt aber noch die Frage an die deutsche Bundesregierung offen. Trotz vieler öffentlicher und interner Aufforderungen ist von der Bundesregierung bisher nie öffentlich klargestellt worden, ob dem BDJ Regierungsgelder zugeflossen sind oder nicht. Eine Reihe von Hinweisen in dieser Richtung blieben ohne Dementi. Aber die absolut adnauer-treu Propaganda des BDJ kann schon eine bestätigende Antwort sein. Im Interesse der Sauberkeit des politischen Lebens und der Sicherung unserer demokratischen Verfassung muß nun von der Bundesregierung eine eindeutige Klarstellung darüber verlangt werden, ob der BDJ aus dem Bundeskanzleramt, aus dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen oder aus anderen Fonds der Regierung finanzielle Unterstützung erhalten hat und - wenn dieses der Fall ist - wieviel und wofür, sowie auch darüber, in welcher Weise die Bundesregierung gedenkt, den entstandenen Schaden für die Demokratie wieder gutzumachen.

Die Rolle des BDJ, der nie eine echte Jugendorganisation gewesen ist, dürfte damit ausgespielt sein. Dieses ist ein Gewinn für die deutsche Demokratie, den wir nicht der Bundesregierung, wohl aber der sozialdemokratischen Regierung des Landes Hessen zu verdanken haben.

Politik der Unverschämtheiten

KRK - Stockholm, 10. Oktober

In den Prozessen gegen den kommunistischen Spion Enbom und seine Helfer kamen so schwerwiegende Beweise gegen die Spionagetätigkeit russischer Gesandtschaftsbeamter zur Sprache, daß sich das sonst so vorsichtige schwedische Außenamt veranlaßt fühlte, in einer am 5. August überreichten Note gegen diesen groben Mißbrauch diplomatischer Rechte Verwahrung einzulegen. In dieser Note wurde auch auf die Fälle hingewiesen, die während des Prozesses gegen den Marinespion Hilding Andersson zum Vorschein gekommen waren. Es ist angesichts der nun überreichten russischen Antwort vielleicht zweckmäßig, an die Tatbestände zu erinnern.

Die Namen der in den beiden Prozessen genannten Russen sind: Der Militärattaché Pinouquine, der stellvertretende Militärattaché Egorov, der Kapitän Zavaroukhine, der Beamte Orlov und der TASS-Redakteur Assimov. Vor den Prozessen hatten sich noch folgende Dinge ereignet: Im Juli 1947 reiste der stellvertretende russische Militärattaché Vasilii Konnov zusammen mit dem Dolmetscher Michailov zweitausend Kilometer mit Zug, Autobus, Auto und Rad durch das militärische Schutzgebiet zwischen Kalix und Oberkalix in Norde Schweden. Die beiden fotografierten fleißig und machten u. a. Abstecher nach der Festung Boden und nach Gällivare. Als die Reise von den schwedischen Behörden entdeckt und eine Demarche überreicht wurde, leugnete Moskau alles, berief aber die beiden Beamten ab. Kurz danach wurde entdeckt, daß sich der stellvertretende Militärattaché Bakourski während vier Tagen im Stockholmer Schärengebiet aufgehalten hatte, wo er das Schussfeld der Fliegerabwehrschule "besichtigte". Im Juli 1950 wurden vier Russen bei einer Segeltour vor den Befestigungsanlagen im südlichen Schärengebiet bei Stockholm festgestellt: Der Marineattaché Laritchev, der stellvertretende Marineattaché Kondrachkov und die Gesandtschaftsbeamten Prolov und Tjerij. Die Herren weigerten sich, die von ihnen angefertigten Aufnahmen auszuliefern. Laritchev verließ später Schweden, um sich auf Urlaub zu begeben. Er kam nicht wieder. Am 12. September 1950 wurden zwei Chauffeure der russischen Gesandtschaft auf

dem militärisch wichtigen Järva-Feld gestellt. Als sie sich entdeckt sahen, sprangen sie in ein CD-Auto und setzten sich in rasender Fahrt ab. Später gaben sie an, sie hätten - Pilze gesucht.

In der jetzt überreichten russischen Antwortnote werden nun die während der Spionenprozesse bewiesenen Tatbestände in groben Worten bestritten. Es ist bemerkenswert, daß die Note fast genau dieselben Wendungen enthält, mit denen die schwedische Kommunistenpresse die unangenehmen Enthüllungen über die russisch-kommunistische Spionagetätigkeit bestritten hatte. Es handle sich bei den in der schwedischen Beschwerde bezeichneten Fällen "um lügenhafte Zeugenaussagen Enboms und anderer Polizeiaagenten". Es ist seit Goebbels Glanztagen nicht vorgekommen, daß ein diplomatisches Aktenstück das Rechtswesen eines anderen Landes mit der Behauptung kritisiert, ein Prozeßverfahren und das ihm folgende Urteil gründeten sich auf Lügen und Provokationen; eben dies aber steht in der russischen Antwortnote.

Die Reaktion der schwedischen Öffentlichkeit ist denn auch sehr eindeutig. Die schwedische Presse ist ziemlich einig in der Ansicht, daß es gleichgültig ist, mit welchen Worten man dieses von Entstellungen, Böswilligkeit und Beleidigungen strotzende "diplomatische" Schriftstück beantwortet. Notwendig seien nun Taten. Diese könnten nur darin bestehen, daß man die Bewegungsfreiheit der russischen Diplomaten einschränkt. Es verlautet, daß sich der außenpolitische Ausschuß des schwedischen Reichstags in seiner nächsten Sitzung mit diesem Vorschlag beschäftigen werde.

+ + +

CDU-Anfrage bei der CDU

Ein Wahlschlager, der ins Auge geht

d.g. Man wird es keiner politischen Partei, die sich mit ihren Ministern in der Regierungsverantwortung befindet, verübeln können, wenn sie sich aus propagandistischen Gründen mit "Großen Anfragen" vor dem Parlament an diese ihre eigenen Minister wendet, um in der öffentlichen Antwort etwas zu erfahren, was sie selbst weiß oder schneller am Tisch der eigenen Fraktionsfamilie erfahren könnte.

Wenn sie trotzdem, um einen billigen Wahleffekt zu erzielen, zu diesem Mittel greift, sollte sie sich vorher alle Konsequenzen gut überlegt haben.

Was der CDU-Abgeordnete Dr. Würmeling, assistiert von den zwei sozialpolitischen Experten Frau Dr. Probst und Herrn Arndgen, in Bonn als einen großen "Vorstoß" der Kanzlerpartei ankündigte, war ein Bumerang, der bei der gegenwärtigen Bundesregierung einige Beulen hinterläßt. In zwei Großen Anfragen will nämlich die CDU von ihren eigenen CDU-Ministern wissen, wie sie sich zu einer Aufbesserung der Renten aus der Sozialversicherung und der Kriegsoferversorgung und zur Frage einer besseren Beamtenbesoldung stellen. Abgesehen davon, daß die Öffentlichkeit über die Einstellung dieser Regierung zu sozialpolitischen Forderungen seit Jahren keinen Zweifel mehr hat, hat der CDU-Finanzminister Schäffer erst in diesen Tagen wiederum die Minimalforderungen der deutschen Kriegsofener auf Rentenerhöhung oder Teuerungszulagen glatt abgelehnt. Vielleicht soll Schäffer den äußerst schlechten Eindruck seiner Darlegungen nunmehr vor dem Bundestag dadurch zu korrigieren versuchen, daß er seine brüske Ablehnung in eine als Wahlplakat kaschierte tröstliche Versprechung umwandelt.

Viel bemerkenswerter sind jedoch die Angaben, mit denen die CDU ihre Anfragen zu begründen versucht: Die Lage der öffentlichen Bediensteten sei untragbar geworden, die Nettobezüge der Beamten des mittleren Dienstes betrügen, gemessen an den Lebenshaltungskosten, nur 65% der Realkaufkraft von 1938, beim höheren Dienst gar nur 42%, und rund 70% aller Pensionsempfänger der Bundesbahn erhielten Bezüge unter 200,-M! Es sei ein "ungeheures Zurückbleiben hinter der Teuerung" festzustellen. Und schließlich rutschte den CDU-Abgeordneten auch noch das bemerkenswerte Eingeständnis über ihre Lippen, daß unter der Regierung ihres Parteichefs die Kriegsoferrenten unter die Fürsorgergesetze abgeglitten sind.

Wahrlich keine stolze Bilanz einer christlichen Partei, die als hauptverantwortliche Regierungspartei sich nicht scheut, durch sie selbst mitverschuldete soziale Mißstände zu benutzen, um daraus Wahlkapital zu schlagen - eine wirklich groteske Situation. Diese Großen Anfragen hätte man besser im CDU-Fraktionszimmer unter Ausschluß der Öffentlichkeit gestellt und beantwortet.

Verantwortlich: Peter Raunau